

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließt des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Ercheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

N 163.

80. Jahrgang.

Donnerstag, den 17. Juli

1913.

Donnerstag, den 17. Juli 1913,

nachmittags 1 Uhr

soil in der Restauration „Zentralhalle“ hier ein Gramophon mit 4 Platten meistbietend gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts Eibenstock.

Holzversteigerung. Eibenstocker Staatsforstrevier.

Hotel „Stadt Leipzig“ in Eibenstock

Mittwoch, den 23. Juli 1913, vorm. 1/10 Uhr

0,5 rm h.	189,5	rm w.	Brennscheite,	} in Abt. 64 (Schlaghölzer), 42, 45, 46 (Durchforstungshölzer), 1 bis 79 Einzel- und Bruchhölzer).		
1	346,5	„	Brennküppel,			
3	231	rm w.	Stämme,	} in Abt. 2, 13, 17 u. 71 (Schläge).		
	930	„	Stöße, in Abt. 2, 13, 17 u. 71 (Schläge).			
3 w.	Stämme	13 u. 14 cm stark,	203 w.	Stämme	16-22 cm stark,	
37		23-29		10	30-37	
12	ahorne Äste	15-35		8721	Äste	7-15
2311	w.	16-22		954		23-54
	1 rm w.	Ruhhscheite,	19 rm w.	Ruhhküppel,		

in Abt. 64 (Schlaghölzer), 42, 45, 46 (Durchforstungshölzer), 1-79 Einzel- u. Bruchhölzer).
Rgl. Forstrevierverwaltung. Rgl. Forstrentamt.

Die neuen Friedensverhandlungen.

Das sich auch Serben und Griechen gleich ihrem früheren Bundesgenossen und gegenwärtigen gemeinsamen Feind Bulgarien nach den langen Kriegsjahren nach Ruhe sehnen, ist leicht verständlich. Deshalb haben die erstgenannten beiden Nationen im Prinzip zugestimmt, in Friedens-Verhandlungen einzutreten. Trotdem kann noch geraume Zeit vergehen, ehe es zu einer Einigung kommt; denn der antibulgarische Bloß verlangt recht weitgehende Bürgschaften. So verlangt er, Bulgarien solle, ehe ein Waffenstillstand abgeschlossen würde, völlig abräumen, damit Bulgarien nicht während der Zeit des Waffenstillstandes zu einem neuen Schläge Kräfte sammeln könne. Dann aber auch stellt vornehmlich Griechenland recht schwere Friedensbedingungen, sodaß man die erste hier folgende serbische Meldung unter diesen Gesichtspunkten beurteilen möge:

Belgrad, 15. Juli. Ministerpräsident Pašič hat sich um 2 Uhr nachmittags mittels Sonderzuges nach Risch begeben, woselbst er mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos und dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Butotičić zusammenzutreffen will. Wie verlautet, werden in der Konferenz die Forderungen festgesetzt werden, welche die Verbündeten an Bulgarien stellen werden. Das Regierungsbüro „Samoupravu“ führt aus, daß die Verbündeten sich den Ratschlägen Rußlands entsprechend, sogleich bereit erklärt haben, die Friedensverhandlungen aufzunehmen und die Bevollmächtigten Bulgariens behufs Abschlusses des Präliminarfriedens erwarten.

Die kaum bescheiden zu nennenden griechischen Vorschläge für die Friedensbedingungen gehen aus Nachstehendem hervor:

Athen, 15. Juli. Ein Ministerrat, der unter dem Voritze des Ministerpräsidenten Venizelos stattfand, beschloß Serbien vorzuschlagen, den Frieden mit Bulgarien unter folgenden Bedingungen einzugehen: Bulgarien tritt alle Länder ab, welche von den beiden Verbündeten bis jetzt besetzt sind. Bulgarien zahlt eine Kriegsschadigung für die Kriegskosten und für den an den Bewohnern angerichteten Schaden. Es gibt entsprechende Garantien für das Leben und Gut der auf bulgarischem Boden lebenden Griechen mit freier Ausübung der griechischen Religion und freiem Unterricht der griechischen Sprache. Die Demobilisation hätte nach einem gewissen Termine zu erfolgen. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß Griechenland die Bucht von Vagos verlangt. Nur auf diese Weise, so glaubt Griechenland, wäre das Gleichgewicht auf dem Balkan gesichert.

In Serbien ist man zwar sehr hoffnungsvoll gestimmt; dort nimmt man an, daß Bulgarien allen gestellten Bedingungen ohne Weiteres zustimmen wird, ja man glaubt dort sogar, daß der Abschluß des Friedens unmittelbar bevorstehe:

Belgrad, 15. Juli. Die allgemeinen Friedensbedingungen sind bereits festgestellt. Der Friede dürfte jedenfalls schon in den nächsten Tagen geschlossen werden. Die militärischen Operationen sind bereits eingestellt.

Belgrad, 15. Juli. Zwei bulgarische Unterhändler sind in Belgrad angelangt. Nach Rücksprache mit Pašič fuhr dieser sofort nach Saloniki, um dort mit Venizelos und dem hinerufenen Bulgarisch über die Friedensbedingungen mit Bulgarien zu sprechen. Die Kriegführung soll infolge dieses bulgarischen Schrittes heute eingestellt werden. Man hofft, in zwei Tagen sei auch der Friede hergestellt.

Ganz anders denkt man dahingegen in Sofia. Dort glaubt man nicht, daß man auf Grund der gestellten Forderungen zu einem erspriechlichen Ende kommen werden. Darf man die Belgrader Meldung nicht zu optimistisch aufnehmen, so darf man die aus Sofia nicht mit allzugroßer gefärbter Brille betrachten. Daß Bulgarien auch jetzt noch herauszuschlagen sucht, was es herauszuschlagen kann, geht aus den Depeschen nur zu deutlich hervor. Und schließlich hofft Bulgarien jetzt von einer geeigneten Verschleppungstatt eine Besserung der Situation für sich. Einerseits meldet Bulgarien sogar von errungenen neuen militärischen Erfolgen in der Richtung auf Egri-Balanka und Kumanovo, die serbischerseits nicht abgestritten werden. Da kann man es den Bulgaren von ihrem Standpunkte aus nicht verdenken, wenn sie sich gegenwärtig gegen allzu schwere Bedingungen noch etwas sträuben.

Wien, 15. Juli. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Sofia telegraphiert: Der russische Gesandte teilte namens Serbiens und Griechenlands offiziell der bulgarischen Regierung mit, daß Serbien den Vorschlag zwecks Einstellung der Operationen annehme, wenn es außer des bereits okkupierten Gebietes Kotschana erhält und Griechenland außerdem das Dreieck Saloniki-Serres-Orfani. Diese Forderungen, für welche Rußland eine 48 stündige Frist, welche heute, Dienstag, abläuft, für die Antwort stellt, dürften kaum ausgenommen werden.

Sofia, 15. Juli. Nach Zusaminationen aus hiesigen diplomatischen Kreisen hat Griechenland die Bedingungen, unter denen es die Operationen einstellen würde, derart verschärft, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes wieder fraglich geworden ist.

Eine recht beruhigende Erklärung hat nach einer Reuterdepesche Rumänien abgegeben:

London, 15. Juli. Das Reuterche Bureau erfährt von maßgebender Stelle, Rumänien habe eine der Aufgaben der Mobilisierung erfüllt, nämlich die der Besetzung der neuen strategischen Grenze, und werde jetzt versuchen, Bulgarien zu veranlassen, sich mit Serbien und Griechenland zu verständigen, um eine Störung des Gleichgewichts auf dem Balkan zu verhindern. Wenn diese Bestrebungen zum Ziele gelangen, so werde allem Anschein nach Rumänien seine Aufgabe erfüllt haben. Man hofft, nach der endgültigen Lösung werden Rumänien und die übrigen Balkanstaaten damit beginnen, zusammenzuarbeiten, in dem gemeinsamen Bestreben, die eigenen Interessen zu verteidigen. Wenn kein Einzelstaat die Vorherrschaft haben werde, so werde das wahrscheinlich den Anschluß Rumäniens an einen Balkanbund, wie er sich immer in der Zukunft gestalten möge, in sich schließen.

Zum Schluß seien hier noch zwei Depeschen aus Konstantinopel wiedergegeben, von denen die erste starke Sehnsucht der Türken nach Adrianopel verrät, und die zweite als Vater dieses Wunsches wieder den unvermeidlichen Enver Bei erkennen läßt:

Konstantinopel, 15. Juli. Die türkischen Zeitungen erwarten zuversichtlich, das türkische Heer werde in einer Woche Adrianopel besetzen, und das nationale Fest am 23. Juli dort feiern. Sie wiederholen, die Großmächte hätten sich da keinesfalls hereinzumischen.

Konstantinopel, 15. Juli. Die türkischen Truppen, die Eshorus besetzten, standen unter dem Kommando Enver Beis.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Streif der Hamburger Werft-

arbeiter. Seit Dienstag früh ruht auf allen Hamburger Werften die Arbeit. Die Verhandlung, die die Arbeiterschaft noch ermahnte, nicht vorläufige Schritte zu unternehmen, ist in diesem Falle abgegangen worden. Die Arbeiter haben mit dieser Kundgebung selbständig auf die Werftleitungen einwirken wollen, um sie für ihre Forderung — Erhöhung des Stundenlohnes — gefügig zu machen.

Kundgebung. Der geschäftsführende Ausschuß des Antiklerikalen Reichsverbandes schreibt uns: Der Ausschuß des Antiklerikalen Reichsverbandes hält sich verpflichtet, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die durch einen Beschluß des Reichstages bei der Beratung des Entwurfes eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes auf Antrag des Zentrums-Abgeordneten Gröber hervorgerufen werden. Herr Gröber beantragte, als von dem Einbürgerungsrecht die Rede war, daß an Stelle des Wortes „in Kirchendiensten“ die Worte gesetzt würden „im Dienste einer von dem Bundesstaat anerkannten Religionsgesellschaft“, das soll heißen, daß alle die hierzu zu rechnend- Personlichkeiten, selbst wenn sie Ausländer sind, durch ihre Beschäftigung von selbst eingebürgert werden. Herr Gröber hat in seiner Rede ganz besonders auf die Angehörigen der Synagogen hingewiesen. Es ist über ganz offenbar, daß den Vorteil dieses Gesetzes vorzugsweise die Mitglieder katholischer Orden haben würden, so auch der Jesuiten, falls dieselben wieder in Deutschland zugelassen würden. Herr Gröber hat es klug verschwiegen, auf diesen Umstand hinzuweisen. Da nun die Mitglieder der katholischen Orden und ganz besonders die Jesuiten aus allen möglichen Ländern stammen und die Orden Religionsgesellschaften sind, so würden alle diese Ausländer ohne weiteres als deutsche Staatsbürger anerkannt werden. Zwar steht nach dem Gesetz dem Staat ein Einspruchsrecht gegen die Anstellung zu, aber der Staat kann unmöglich bei jedem einzelnen Ordensmitglied prüfen, ob derselbe sich zur Einbürgerung eignet oder nicht.

Frankreich.

Die Pariser Finanzkonferenz. Die internationale Finanzkommission in Paris wird nur noch zwei oder drei Sitzungen abhalten und dann nach einer für den 18. Juli anberaumten Plenarsitzung in die Ferien gehen. Eine Konstantinopeler Meldung, daß die türkischen Delegierten aus der Finanzkommission abberufen worden sind, ist unzutreffend.

Eine genaue Schilderung der Vorgänge in Nancy. Die neuerlichen Vorgänge in Nancy haben sich nach einem amtlichen Bericht folgendermaßen zugetragen: In der Nacht vom Sonntag zum Montag befanden sich sechs Lothringer in dem Café Rotonda, als vier französische Studenten dazu kamen. Da die Lothringer sich deutsch unterhielten, zeigte der Student Collot auf sie und sagte: Sie sind von der anderen Seite. Die Lothringer taten, als ob sie nichts gehört hätten. Darauf fragte Collot: Seid ihr Preußen? Nunmehr erhob sich ein 68 Jahre alter Herr Konrad und verjeht: Collot eine Ohrfeige. Collot ergriff daraufhin einen Stuhl und schlug Konrad damit auf den Kopf und verjeht ihn erheblich. Eine allgemeine Schlägerei entstand. Der Wirt sandte zur Polizei, die Collot, der ebenfalls Haue bekommen hatte, auf das Polizeibureau führte, wo er festgehalten wurde. Er wird am Donnerstag vor Gericht erscheinen müssen. Die Nancyer Studentenvereinigung erläßt ein scharfes Manifest, in dem sie sagt: Collot hat friedliche Besucher eines Cafés gröblich beschimpft. Wir haben es darüber, öffentlich zu erklären, daß die Studentenvereinigung das Verhalten Collots mißbilligt. Schon viel zu häufig haben Hühner durch derartige Zwischenfälle un-